

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12117

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/12383

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12912

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12913

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12914

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit (SPD): Der Nachtrag, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, bringt mehr für Bildung, mehr für Sicherheit, mehr für Integration und stellt erheblich mehr Geld für die Kommunen zur Verfügung. Allein die zusätzlichen Mittel für die Kommunen summieren sich auf über 400 Millionen €. Damit sind im Haushalt 2016 4,5 Milliarden € für Integration vorgesehen, von denen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit circa 3 Milliarden € profitieren. Das ist ein deutliches Signal für Integration, die gemeinsam mit den Kommunen gestaltet wird.

Es ist ein guter Nachtragshaushalt. Das hat auch die Anhörung gezeigt, in der es breite Zustimmung gab. Selten ist deutliches Lob von der Polizeigewerkschaft, dass hier das Richtige für mehr Sicherheit getan wird. Unterstützung gab es für die Einzelmaßnahmen aus den Kommunen und von vielen anderen Beteiligten. Das zeigt, dass dieser Nachtrag die richtigen Akzente setzt. Wir werden diesen Nachtrag noch um einige Änderungsanträge mit dem klaren Schwerpunkt auf die Umsetzung dessen, was gerade als Integrationsplan beschlossen wurde, ergänzen.

Herr Stamp, Sie haben sich gerade hierhin gestellt und gesagt, man müsse mehr Geld für Integration in die Hand nehmen. Da haben Sie recht. Aber dazu gibt es nicht einen einzigen Änderungsantrag der FDP. Das heißt mal wieder: Sie reden hier nur, aber wenn mit mehr Geld gehandelt werden muss, ducken Sie sich weg.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das ist die Politik der FDP und zeigt deutlich, dass es Ihnen hier nur darum geht, aus einem politischen Konsens auszusteigen. Es geht Ihnen nicht wirklich um die Verbesserung der Integration; denn sonst hätten Sie Anträge gestellt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir setzen mit diesen Anträgen den Schwerpunkt darauf, mehr in Richtung Bildung junger Erwachsener zu tun; das Thema haben Sie gerade angesprochen, Herr Stamp. Wir stellen mehr Mittel für frühkindliche Bildung und die Integration in die Kindertageseinrichtungen zur Verfügung. Wir stellen mehr Personal für die Integrationszentren zur Verfügung. Auch das haben Sie gerade gefordert, doch gehandelt haben Sie mal wieder nicht. Sie reden nur, aber das Handeln überlassen Sie wieder anderen.

Wir machen mit diesen Anträgen aus „Wir schaffen das“ ein „Wir machen das“. Wir setzen konkrete Maßnahmen für Integration um und unterstützen die Kommunen dabei. Das ist der richtige Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Über die Frage der Integration hinaus haben wir vor dem Hintergrund der Fluthilfe einen Antrag auf Aufstockung der Mittel zur Soforthilfe gestellt. Wir möchten hier noch einmal ausdrücklich der Landesregierung dafür danken, dass der Finanzminister im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten sehr schnell gehandelt hat, um eine Soforthilfe für die betroffenen Menschen zu organisieren und zu ermöglichen. Das war der richtige Weg. Wenn wir auf die Verabschiedung des Nachtrags gewartet hätten, hätten die Menschen bis heute auf die Hilfe warten müssen. Insofern war es richtig, dass hier gehandelt worden ist. Wir decken die zusätzlich ausgegebenen Mittel jetzt ab und treffen noch einmal Vorsorge für die Zukunft. Das ist der zweite Schwerpunkt, den wir in diesen Haushaltsberatungen heute mit den Änderungsanträgen setzen.

Der dritte Schwerpunkt ist Handeln im Rahmen der Unterstützung der Kommunen im Bereich der Quartiersentwicklung. Wir wollen mit unserem Antrag ermöglichen, dass schnell zusätzliche Maßnahmen zur Gestaltung in den Quartieren auf den Weg gebracht werden, beispielsweise zusätzliche Spiel- und Bolzplätze. Aber auch viele andere Maßnahmen zur positiven Quartiersentwicklung wollen wir damit schneller umsetzen können, um die Kommunen stärker zu unterstützen, vor Ort zu handeln. Das ist unsere Herangehensweise: mehr für Integration, mehr für Bildung und mehr für eine bessere Quartiersentwicklung.

Insofern fordern wir Sie auf und bitten Sie eindringlich, unseren Änderungsanträgen und dem Nachtragshaushalt zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der zweite Nachtragshaushalt – Herr Kollege Zimkeit, das machen auch Ihre kurzfristig zur zweiten und dritten Lesung im Plenum vorgelegten Änderungsanträge nicht grundsätzlich besser – ist Flickwerk. Dieser zweite Nachtragshaushalt ist 41 Tage nach der Verabschiedung des ersten Nachtrags vorgelegt worden – und ich wette mit Ihnen, Herr Finanzminister, dass es nicht der letzte in diesem Jahr sein wird.

Im Grunde machen Sie in den letzten Jahren Nachtragshaushalte wie Quartalsberichterstattung. Früher gab es einmal so etwas wie einen jährlichen Haushaltsplan; das gibt es jetzt nicht mehr. Stattdessen machen Sie Flicker, wo geflickt werden soll, weil es gerade mal nicht mehr passt, oder weil Sie auf eine neue Idee gekommen sind und keine Haushaltsvorsorge getroffen haben. Das ist keine solide Haushaltspolitik.

Und was Sie als Änderungsanträge vorlegen, ist Flickschusterei. Es bringt nicht das, was in der eben geführten wichtigen Debatte über Integration diskutiert worden ist, nämlich ein Konzept, wie es anzugehen ist. Stattdessen bringt es weiteres Flickwerk.

Wenn Sie sehen, dass es sich im Haushalt im Grunde so abbildet, wie man es in der eben geführten Debatte schon erkennen konnte, dass es nämlich kein Gesamtkonzept gibt, dann ist es beim Finanzminister vielleicht auch so – wenn Sie diese mit einem Schmunzeln gemachte Bemerkung gestatten –, dass der Haushalt ja furchtbar langweilig ist und nicht so viel Presse bringt, jedenfalls keine gute Presse. Dann ist es vielleicht viel schöner, wenn Sie ab und zu einmal Ihre CD-Sammlung aufpeppen, Herr Minister, und deutlich anstrengender, wenn man sich mit den Ressortministern an verschiedenen Stellen darüber streitet, Geld einmal so auszugeben, dass es auch dort ankommt, wo es wirklich gebraucht wird.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Im Haushaltsausschuss haben wir tatsächlich die Frage gestellt, wie es denn sein könne, dass es eine Informationsplattform „Holzbauten für Flüchtlinge“ gibt. Das ist jetzt also ein Kernprojekt der Landesregierung aus dem Ressort von Herrn Remmel. Da ist gesagt worden, man wolle mit zwei Stellen – der Landesbetrieb Wald und Holz NRW hat übrigens über 1.000 – den Kommunen anpreisen, wie im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen der Rohstoff Holz entsprechend besser benutzt, vermarktet, promotet werden kann – im Haushalt, in dem es um die Frage geht, wie mit der Flüchtlingspolitik und der Integration umzugehen ist. Dann sollen die also beide herumlaufen und in Minden, Datteln und Euskirchen diesen

Rohstoff bekannt machen. Herr Finanzminister, diesen Witz hätten Sie stoppen müssen.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir könnten viele solcher Beispiele dafür nennen, dass Sie mit Ihrer gesamten Finanzpolitik als Rot-Grün sowieso auf dem Holzweg sind, insoweit passt es doch wieder zusammen.

Wenn man sich anschaut, dass dieses Land Nordrhein-Westfalen mittlerweile 144 Milliarden € Gesamtverschuldung aufweist und 136 Milliarden € seit 1973 an Zinsen zu den Banken gebracht worden sind, die der Finanzminister sonst doch ach so furchtbar findet, sodass rechnerisch also nur 8 Milliarden € für die Zukunft dieses Landes ausgegeben worden sind, dann sind wir genau an der Stelle, warum wir heute keine Vorsorge dafür haben, die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft anzunehmen.

(Beifall von der CDU)

Mit Ihrem Nachtragshaushalt machen Sie eigentlich nur deutlich, dass Sie diesen Herausforderungen nicht gewachsen sind. Deshalb haben wir uns auch entschieden, dass es andere gibt, die diesen Herausforderungen besser gewachsen sind, nämlich die Kommunen in diesem Land. Deshalb gibt es einen Änderungsantrag, dass wir die 434 Millionen €, die Sie im Haushalt bisher nicht etatisiert haben, die auch die Kollegen von Rot-Grün nicht in einem Änderungsantrag eingebracht haben – den hätten Sie einbringen können –,

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

dass wir diese Mittel gerne den Kommunen zuweisen möchten. Integration findet vor Ort statt. Das wäre die richtige Antwort auf die Herausforderungen gewesen. Insofern leisten Sie einfach eine Fehlleistung. Wir lehnen diesen Haushalt ab.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die grüne Fraktion hat nun Frau Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schon beachtlich, dass sich Herr Kollege Optendrenk um zwei Dinge herumgedrückt hat: Er hat nichts dazu gesagt, warum die CDU-Fraktion zum Thema „Bildung“ keine Änderungsanträge eingebracht hat. Das ist wieder Leerstelle geblieben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann finde ich es schon bemerkenswert, dass ausgerechnet die Fraktion, die in der Tat die Kommunen

um fast 4 Milliarden € geschröpft hat, kein Wort dazu verliert, dass diese Landesregierung schon mehr als 4 Milliarden € auf den Weg gebracht hat, um die Kommunen bei der Integrations- und Flüchtlingsarbeit zu stärken. Auch das drücken Sie immer wieder weg. Machen Sie doch bitte einmal die persönliche Bilanz auf, wer mehr für die Kommunen vor Ort geleistet hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Optendrenk?

Sigrid Beer (GRÜNE): Natürlich, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das haben wir uns gedacht. – Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Frau Kollegin Beer, danke, dass Sie diese Zwischenfrage zulassen. Sind Sie denn darüber informiert, wie viele Hundert Stellen im Bereich der Schulen derzeit unbesetzt sind, die erst einmal besetzt werden müssten, wenn Sie zusätzlich Stellen für Bildung für diesen Haushalt bzw. mit diesem Nachtragshaushalt einfordern? Wir werden ja sicher noch ein Konzept für 2017 beraten müssen.

(Beifall von der CDU)

Sigrid Beer (GRÜNE): Schön, dass wir auf Ihr Konzept für 2017 warten. Hier arbeiten die Landesregierung und die Schulministerin. Von 185.000 Köpfen Stellenanteilen, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, sind 1.000 Stellen zurzeit nicht besetzt, und täglich wird weiter besetzt. Das ist genau der Punkt: Wir arbeiten für eine fast hundertprozentige Besetzungsquote. Das gilt landesweit, das muss man deutlich sagen.

Herr Dr. Optendrenk, wenn Sie eine solche Bilanz vorzuweisen hätten, würden Sie anders darüber reden. Wir sind stolz, es geschafft zu haben, genau diese Ressource immer wieder in die Schulen zu bringen. Wenn wir nicht gegengesteuert, sondern die Lehramtsausbildungsplätze so belassen hätte, wie von Schwarz-Gelb geplant, sie nämlich zu reduzieren, dann hätten wir es bis heute nicht geschafft, diese Besetzungsquote immer wieder hinzubekommen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Ministerin Sylvia Löhrmann)

Rot-Grün steht für eine verlässliche Politik. Was wir versprochen haben und was wir versprechen, dafür

stehen wir ein und das setzen wir auch verantwortungsbewusst um.

Das zeigt auch dieser zweite Nachtrag. Mit den heute vorliegenden Anträgen gerade der regierungstragenden Fraktionen investieren wir weiter in Integration in Bildung und nehmen Anregungen aus den Anhörungen auf. Das tun wir, ohne der Versuchung zu erliegen – da will ich den Kollegen Stamp doch einmal deutlich ansprechen –, Potemkinsche Dörfer aufzubauen.

Ich will das gerne noch einmal an der Frage der Schulpflicht erörtern. Das Land Bayern verkündet die Schulpflicht bis 21. Was ist die Realität? Bis zu zwei Drittel der betroffenen Schülerinnen und Schüler werden von der Schulbehörde freigestellt, weil überhaupt keine Kapazitäten dafür vorhanden sind. Das ist ein Unding.

Solche Politik werden wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht machen. Wir haben eine breite Bildungslandschaft, wir beziehen die Berufskollegs und die Weiterbildungskollegs ein, außerdem die gemeinwohlorientierte Weiterbildung. Dafür statten wir die Systeme aus, auch mit den Anträgen, die heute hier vorliegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Ministerin hat schon darauf hingewiesen: Mit dem Angebot, das wir machen, ist nicht nur eine Berufsvorbereitung wie in Bayern verbunden, sondern das Ziel eines Bildungsabschlusses.

Aber diese fachliche Debatte wäre im Rahmen der Verhandlungen überhaupt nicht möglich. Da galt nämlich: Entweder man sagt zu dem, was die FDP und was der offensichtlich designierte Fraktionsvorsitzende vorzulegen hat, „ja“, oder es geht nicht. Dann wird halt ausgestiegen. Das ist die Realität in den Verhandlungen gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir bekennen uns zu dem Recht auf Bildung im Integrationsplan, und wir setzen es verlässlich um. Deswegen stärken wir die Weiterbildung, die Berufskollegs und auch die Weiterbildungskollegs.

Ich will auch dabei noch einmal in Richtung Berlin sagen: Wir warten darauf, dass die Bundesbildungsministerin, Frau Wanka, endlich ihr Okay dazu gibt, dass vor Ort in den Weiterbildungskollegs unbürokratisch die beruflichen Vorerfahrungen der Geflüchteten anerkannt werden, damit diese Kapazitäten in Nordrhein-Westfalen genutzt werden können.

Fraktionsübergreifend – da bin ich den Kollegen und Kolleginnen sehr dankbar – haben wir in Richtung Berlin signalisiert, dass das ein dringendes Anliegen ist. Wir haben bis heute keine Antwort erhalten. Deswegen müssen wir dabei weiter aktiv bleiben. Da wünsche ich mir, dass wir zusammenstehen und das weiter so tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben auch von der FDP keinen Antrag auf zusätzliche Investitionen bekommen. Der Katalog ist mit nichts hinterlegt.

Ich weiß nur, dass Herr Witzel immer Einsparungen fordert. Ich möchte mal wissen, wie das jetzt zusammengeht. Was ist denn mit den 14.000 Stellen, die Sie immer eingespart haben wollten? Warum gibt es keine andere, offizielle Aufstellung der Fraktion? Sie versuchen, uns Ihre bigotte Haltung zu vermitteln.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Herr Stamp fordert auf der einen Seite Investitionen. Diese Forderung ist mit nichts hinterlegt, es sei denn, er hat die Idee, man könne etwas im Umweltministerium einsparen. Das ist der einzige Vorschlag.

Herr Witzel kommt dann wieder mit Einsparungen in Höhe von 700 Millionen € und in Höhe von 14.000 Stellen im Landesdienst: Lehrer, Polizei, Justiz – wir alle wissen, was davon betroffen ist. Das hat die FDP bis heute nicht aufgelistet. Deswegen ist sie unglaublich bei jedem Haushaltsvortrag und bei jeder inhaltlichen Debatte seit heute früh.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will natürlich auch darauf verweisen – Herr Kollege Zimkeit hat es auch schon genannt –, dass wir in die frühkindliche Bildung und auch in Brückenkurse investieren, damit wir Integrations- und Sprachkurse für beide Eltern sofort wirksam werden lassen können und damit die Kinder andockend an bestehende Strukturen auch bereits niedrigschwellig in Betreuung kommen.

Wir setzen auf die Strukturen, die wir vorsorgend geschaffen haben und die wir ausbauen wollen. Wir setzen auf die Integrationsnetzwerke, die wir haben. Wir wollen vor allen Dingen einen effizienten Mitteleinsatz und nicht immer neue Doppelstrukturen schaffen. Deswegen sind wir mit dieser Politik erfolgreich.

Wir werden die Umsetzung aller Maßnahmen weiterhin sorgsam begleiten, auf sie schauen und nachsteuern, wie es unsere Art ist, wenn es notwendig ist. Denn wir machen verantwortlich und verlässlich für Nordrhein-Westfalen Politik. Was wir versprechen, halten wir auch.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Michele Marsching [PIRATEN]: Na ja, manchmal! – Zuruf von der CDU: Na ja!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beer. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beratung dieses

Nachtragshaushalts steht einmal mehr unter dem Motto „The same procedure as every year“. Bei der Beschlussfassung des eigentlichen Stammhaushalts für 2016 ist bereits absehbar gewesen, dass die Finanzierung wichtiger und notwendiger öffentlicher Aufgaben nicht hinreichend abgesichert ist.

Dass insbesondere infolge der Flüchtlingswelle und der internationalen Sicherheitslage auch in Nordrhein-Westfalen Mehrausgaben für Bildung, Integration und eine verbesserte logistische Ausstattung der Polizei notwendig werden, ist seit Langem bekannt und Ihnen von unserer Seite bereits Ende letzten Jahres beim Stammhaushalt 2016 vorgetragen worden.

Die Notwendigkeiten wären jetzt noch größer, wenn es nicht zwischenzeitlich einen Rückgang der Flüchtlingszahlen gegeben hätte. Parallel jagt ein Steuereinnahmerekord den nächsten. Dem Finanzminister fällt jedes Jahr erneut die Rolle des Glücksritters zu, der den Sterntalerregen einfach nur einsammeln müsste,

(Heiterkeit von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

um eigentlich mehr als genug Ressourcen zu haben, die öffentlichen Aufgaben zu erledigen und parallel die jährlich praktizierte weitere Neuverschuldung zu reduzieren.

Doch diese Chancen für eine generationengerechte Haushaltspolitik werden leider nicht genutzt. Noch schlimmer: Trotz des fiskalischen Starkregens finden immer mehr intransparente Eingriffe in Schattenhaushalte des Landes statt. Die Trickereien dieses Finanzministers gehen trotz Steuereinnahmerekords munter weiter. Einmal mehr muss der BLB für die Taschenspielertricks des Finanzministers hinhalten und dreistellige Millionenbeträge mehr im Landeshaushalt abliefern, als dies noch kürzlich vorgesehen war.

Nun liegt mit dem Haushaltsentwurf 2017 der neue Wirtschaftsplan des BLB vor. Vergleicht man diesen mit dem alten Wirtschaftsplan, stellt man Erstaunliches fest. Der BLB leistet einmal mehr eine Finanzspritze von zusätzlichen 185 Millionen € für den Landeshaushalt. 2015 wird der Finanzmittelfonds von bescheidenen 7,9 Millionen € auf sagenhafte 393 Millionen € aufgebaut. Geplant war ein Aufbau des Finanzmittelfonds im Haushaltsgesetz 2016 eigentlich nur auf 180 Millionen €. Somit wurden 213 Millionen € mehr als ursprünglich geplant in den Finanzmittelfonds eingezahlt.

Der Finanzmittelfonds ist ausschließlich dafür aufgebläht worden, um ihn im Folgejahr wieder abbauen zu können. Mit den Mitteln wird dann der höhere Tilgungsbetrag an das Land finanziert, ohne die formale Schuldenaufnahme im Jahr 2016 drastisch erhöhen zu müssen.

Tatsächlich kann der BLB im Jahr 2016 nun 340 Millionen € aus dem Finanzmittelfonds entnehmen. Ursprünglich sollten dies nur 155 Millionen € sein. Das sind 185 Millionen € mehr, was exakt dem Betrag der Sondertilgung II entspricht.

In der Parlamentsanfrage „Haushaltspolitischer Verschiebepark Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW“ Drucksache 16/12309 hat die FDP-Landtagsfraktion bereits vor Monaten genau diese Frage gestellt:

„In welcher Höhe wird der BLB NRW allein deshalb weitere Kredite am Kapitalmarkt aufnehmen, um die Operation Sondertilgung in Höhe von 185 Millionen € erfüllen zu können?“

Antwort des Finanzministers vom 14. Juli 2016, nachzulesen in Drucksache 16/12508:

„Aufgrund der fortgeschriebenen Liquiditätsplanung wird derzeit kein höherer Kapitalmarktbedarf für 2016, als Anfang des Jahres 2016 vorgeesehen, erwartet.“

Der neue Finanzplan zeigt: Es ist wie so oft. Der Finanzminister sagt nicht formal die Unwahrheit, gibt aber nur die halbe Wahrheit preis und führt damit Politik und Öffentlichkeit hinters Licht.

In der Tat lässt sich auch im neuen Finanzplan keine Änderung der Kreditaufnahme im Jahr 2016 feststellen. Dennoch ist eine Erhöhung der Kreditaufnahme im Jahr 2015 nachträglich erkennbar. Die Antwort hätte also ehrlicher Weise um einen weiteren wichtigen Satz ergänzt werden müssen: Im Jahr 2015 wird der BLB 75 Millionen € mehr an Krediten aufnehmen müssen als bisher kommuniziert, um seine Tilgungspflichten erfüllen zu können.

Das zeigt, wie wichtig transparente Haushaltspolitik ist, wie wichtig es ist, nicht ständig Verschiebeparkhöfe zu bemühen, nicht Rechnungen, die man mit dem Landeshaushalt bezahlen muss, in andere Bereiche von Sondervermögen abzuschieben. Und es zeigt vor allem die Haushaltspolitik dieser Landesregierung, dass es, wenn ein Steuereinnahmerekord den nächsten jagt, endlich Zeit wird, auch über Fragen der Entlastung für Bürger und Unternehmen zu reden.

Der Finanzminister dieses Landes macht alles im Land und auf Bundesebene, um solche Überlegungen zu torpedieren. Der Kurs dieser Haushalts- und Finanzpolitik ist falsch. Deshalb werden wir ihn auch weiterhin ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und daheim! Jetzt nach der Debatte zum Integrationsplan muss man feststellen, dass vor allem Rot-Grün schlichtweg Arbeitsverweigerung betrieben hat, wenn man den Nachtragshaushalt betrachtet. Es ist eine Farce – das geht auch Richtung CDU, FDP und Grüne –, wenn hier im Landtag über Integration staatsmännisch geredet wird und wir uns gleichzeitig mit folgenden Aussagen konfrontiert sehen, die alle sehr aktuell, keine zwei Monate alt sind:

Die Ministerpräsidentin ist froh, dass die EU-Außengrenzen alle dicht sind, wohlwissend, dass dadurch immer mehr Menschen im Mittelmeer sterben.

Ich fragte mich vorhin: Warum spricht an diesem Pult zum Integrationsplan und vielleicht sogar zum Integrationsnachtragshaushalt nicht die Ministerpräsidentin? Möglicherweise liegt in dieser Aussage ein Grund dafür.

Frau Göring-Eckardt von den Grünen weist sinngemäß in dem Bericht aus Berlin darauf hin, dass es nun eine wichtige Aufgabe des Innenministers sei, 2.000 hilfeschuchende Menschen aus Nordrhein-Westfalen schnellstmöglich abzuschieben.

Dr. Stamp sitzt im Innenausschuss, und sein größtes Interesse gilt der Frage, was Herr Minister Jäger persönlich für mehr Abschiebung unternimmt.

Die Union, mit rühmlicher Ausnahme des Fraktionsvorsitzenden der NRW-CDU-Fraktion hier im Landtag Nordrhein-Westfalen, schürt in der Bevölkerung Ängste mit der Diskussion über Obergrenzen, Burkaverbot und Terrorismus – und all das vor dem Hintergrund notwendiger Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, wie wir heute Morgen hörten, wie wir auch in den Anträgen lesen konnten, insbesondere dem Antrag über den Integrationsplan von Rot-Grün.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Das erste Mal in dieser Legislaturperiode muss ich öffentlich feststellen: Es gab nie eine verlogenerere Debatte um einen so wichtigen Punkt der Landespolitik, wie wir es heute gehört haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich kündige hiermit für die Piratenfraktion die Ablehnung aller Alibianträge von Rot-Grün an. Das bezieht sich zum einen auf den Integrationsplan, wie schon bereits erledigt, aber auch auf den diesen unterstützenden Änderungsantrag im Hinblick auf den Haushalt.

Herr Kollege Zimkeit hatte eben ausgeführt – ich habe es zusammengerechnet –: 40 Millionen € macht dieser Nachtragshaushalt gemäß Änderungsantrag für den Bereich Integration aus. Davon sind

25 Millionen für Quartiersentwicklung. So wichtig Quartiersentwicklung sicherlich ist, ist dies keine notwendige Maßnahme, die in einen Nachtragshaushalt gehört, denn die Notwendigkeit für die Quartiersentwicklung gibt es seit Jahren. Jetzt im Nachtragshaushalt damit anzukommen und diese Debatte zum Anlass zu nehmen, hier groß aufzutumpfen, das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall von den PIRATEN)

Frau Kollegin Beer hatte eben hier ausgeführt: Was wir versprechen, halten wir auch. Es wäre wahrscheinlich besser gewesen, Sie hätten mehr versprochen, dann wäre auch mehr in diesem Nachtragshaushalt enthalten, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

Dieser Nachtragshaushalt, soweit er wegen des Integrationsplans und wegen das damit in Verbindung stehenden Nachtragshaushalts verschoben werden musste – so die Ankündigung der Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD Herter –, ist nichts weiter als der Versuch, diese Ankündigung am Ende nicht ins Leere laufen zu lassen.

Wie die Beratungen zu dem Integrationsplan verlaufen sind, haben wir ja bereits gehört. Das bezog sich auch auf den 19. August des Jahres, an dem vorgesehen war, über die finanzielle Unterfütterung dieses Integrationsplans zu sprechen.

Während die FDP vorher und die CDU zwischendurch ausgestiegen sind, müssen wir sagen, dass wir vor einigen Tagen mehr oder weniger – wie soll ich sagen? – vor die Tür gesetzt worden, obwohl die Piratenfraktion hier seit Monaten intensiv an einem Gelingen eines Integrationsplans mitgewirkt hatte. Das Ergebnis davon ist unser heute vorgelegter Integrationsplanentwurf, der hier von der Mehrheit des Landtags Nordrhein-Westfalen abgelehnt wurde. Dieses Schicksal ereilt leider Gottes auch den Änderungsantrag im Hinblick auf den zweiten Nachtragshaushalt 2016.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Flickschusterei ist das eine Wort, das man nennen kann, Herr Kollege Optendrenk. Eines steht jedenfalls fest: Was wir hier vorgelegt bekommen, ist zu spät, es ist zu wenig, und es hat die falsche Schwerpunktsetzung, insbesondere dann, wenn man darüber nachdenkt, dass hier der Verfassungsschutz für den Bereich der Integration gestärkt werden soll. Das widerspricht sich, und auch das ist ein Grund, warum wir diesen Nachtragshaushalt ablehnen.

(Beifall von den PIRATEN – Stefan Zimkeit [SPD]: Absurde Unkenntnis!)

– Nein, nein, nicht Unkenntnis, überhaupt nicht. Sa-lafismusprävention ist sicherlich nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes. Das wäre eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch durch verschiedene andere Organisationen durchgeführt werden sollte.

Herr Kollege Zimkeit, das wissen Sie auch, das haben wir oft genug vorgetragen. Dabei bleiben wir. Deswegen sage ich: Ablehnen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schulz. – Für die Landesregierung hat nun der Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans, das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Optendrenk, Ihr Hinweis, dass es 2015 und 2016 häufiger Nachträge zum Haushalt gegeben hat, ist nicht nur richtig, sondern zu dieser Tatsache stehe ich und stehen auch viele Kollegen und Kolleginnen in anderen Ländern, weil sie genau wissen, worin der Grund liegt.

Wenn es so ist, dass wir eine Herausforderung zu schultern haben, wie das im Jahr 2015 und auch im Jahr 2016 und möglicherweise danach der Fall ist, dass vieles unkalkulierbar ist, dass Belastungen sich erst im Laufe der Zeit in der Größenordnung fassen lassen, dann ist es richtig.

Wenn es dann auch noch darum geht, dass man schnell reagiert und nicht abwartet, bis sich alles gesammelt hat, dann ist es richtig, dass man einen Nachtragshaushalt vorlegt. Das haben wir im vergangenen Jahr gemacht, das haben wir in diesem Jahr gemacht, und wenn es nötig ist, dann wird das auch weiter so sein.

Die Abwägung, ob man die Zahl der Nachtragshaushalte klein macht, dafür aber diejenigen, die in diesen Haushalten begünstigt werden, warten lässt, muss man richtig treffen, und die haben wir richtig getroffen. Deswegen ist es auch jetzt richtig, einen zweiten Nachtrag vorzulegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der zweite Punkt – das ist mir in diesem Zusammenhang ganz wichtig – ist, dass natürlich auch der zweite Nachtrag 2016 im Wesentlichen geprägt ist durch die Belastungen des Haushalts, die sich dadurch ergeben, dass wir hohe Ausgaben für die Flüchtlinge haben, für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge und in diesem Umfeld, was unsere Aufgabe angeht, diesen Menschen schnell zu helfen.

Aber genauso wichtig ist mir, gerade mit dem zweiten Nachtrag auch die Botschaft, dass es in diesem Land auch Aufgaben zu erledigen gibt, die nicht nur damit zusammenhängen, dass Menschen zu uns kommen, sondern auch weiterhin Dinge zu tun sind, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen, die auch mit der Zukunftssicherung dieses Landes zu tun haben.

Deswegen finde ich richtig, dass wir hier Verpflichtungsermächtigungen für die Hochschulmodernisierung im Haushalt haben, dass wir für den Justizvollzug Verpflichtungsermächtigungen eingestellt haben, dass wir Mittel für den Breitbandausbau eingestellt haben. Ich erlaube mir auch die Bemerkung, dass wir wieder einen weiteren Schritt im Bereich der Verbesserung und Modernisierung der Finanzverwaltung gehen. Das sind Dinge, die hier auch eine Rolle spielen.

Im Übrigen – das muss ich an dieser Stelle immer wieder erwähnen – ist das, was in diesem Land für Flüchtlinge ausgegeben wird, nicht bloß das, was die Menschen selbst bekommen und möglicherweise nach Hause schicken, sondern das hat zu tun mit Gehältern, mit Einkommen von Menschen, die als Lehrer, als Polizisten tätig sind oder die Immobilien vermieten.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Was ist das für eine geile Unterstellung!)

Das heißt, das ist am Ende auch noch ein enormes Konjunkturprogramm – mit Steuereinnahmen, die sich daraus ergeben. Das sollten wir nicht aus den Augen verlieren.

Deswegen noch etwas zu der Aussage, dass am Ende alles lokal ist und deswegen die Mittel besser auf der kommunalen Ebene aufgehoben sind: Ja, es stimmt, am Ende ist alles lokal, am Ende kumulieren und konzentrieren sich diese Probleme und die Herausforderungen auf der kommunalen Ebene.

Aber davon ist zu unterscheiden, ob dann auch alle Kosten in kommunalen Haushalten auftauchen. Da sind viele Kosten, da sind Lasten. Darüber muss man sich immer wieder unterhalten.

Aber dass das gerade von Herrn Kuper und der CDU-Fraktion genannt wird, die in ihrer Legislaturperiode, in der sie regiert hat, die Kommunen bis zum Abwinken geschöpft hat,

(Lachen von der CDU)

das ist schon eine ziemlich – ich sage mal – waghalsige Formulierung.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Stefan Zimkeit [SPD]: Sie wissen, dass das die Wahrheit ist!)

Ich sage jetzt an die Kommunalpolitiker aller Fraktionen: Die Ministerpräsidenten, die Regierungschefs und die Kanzlerin haben sich mit dem Bundesfinanzminister im Juni und im Juli verständigt, dass diese Lasten, die bei den Kommunen und bei den Ländern liegen, vom Bund ein Stückchen – ich betone das „chen“ – mehr getragen werden, als es bisher der Fall war.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Das führt dazu, dass im Juni ein Beschluss gefasst worden ist, der deutlich macht: Die Kommunen werden deutlich gestärkt im Bereich der Kosten der Unterkunft. Das wird das Land nicht nur vereinnahmen, es wird es in voller Höhe weitergeben.

Aber wir haben den Bundesfinanzminister auch darauf aufmerksam gemacht, dass es angemessen wäre, die Hälfte der Kosten zu tragen, die die Länder insgesamt nicht nur für die Kommunen, sondern auch für das, was sie selbst an Polizisten, an Lehrern usw. in die Haushalte einzustellen haben, dass auch dies also vom Bund mitfinanziert wird.

Wenn der Bund sich dann bereit erklärt, von knapp 20 % gerade mal in Richtung 30 % statt auf 50 % zu gehen, und damit der Automatismus verbunden sein soll, dass die die Bundesbeteiligung an den Lasten, die bei den Ländern liegen, automatisch dazu führt, dass auch die Kommunen die Hand aufhalten, dann sage ich an die Adresse der Kommunen: Das wird es mit mir nicht geben. Ich werde absolut dagegen eintreten.

Wir haben eine Verantwortung, die Kommunen anständig auszustatten. Aber diese Integrationspauschale ist schon von der Beschlussfassung her – der Beschluss des Bundeskabinetts mit der damit einhergehenden Pressemitteilung, die heute veröffentlicht worden ist – eindeutig klar.

Es gibt für die Kommunen für die Kosten der Unterkunft ein deutliches Stück mehr vom Bund, und es gibt die Integrationspauschale zur Entlastung der Länder, die damit bei Weitem nicht den Anteil erreicht, den der Bund bitte tragen müsste. Er macht sich einen schlanken Fuß, damit er seine schwarze Null weiter deutlich machen kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist ihm egal, ob die Gesamtheit der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen das am Ende tragen kann.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Das sind nur ein paar Anmerkungen. Ich könnte jetzt zu vielem Weiteren etwas sagen, warum die Verfolgung von Steuerhinterziehung natürlich etwas mit der Solidität von Haushalten zu tun hat und dass Steuerquellen deshalb sprudeln, weil die Unternehmen hohe Gewinne machen, weil wir ein hohes Beschäftigungsmaß haben, weil wir gute Einkommen haben. Die kann man nicht in Steuersenkungen übersetzen, das müsste ja zwangsläufig dann, wenn die Konjunktur schlechter wird, wieder zu Steuererhöhungen führen. Das ist doch totaler Unsinn. Das investiert man besser. Und dann kümmert man sich besser nicht um die sprudelnden, sondern um die verstopften Steuerquellen. Da schieben Konzerne Milliarden Euro an der Steuer vorbei. Das sind die Dinge, bei denen man am Ende auch über Entlastungen reden könnte.

Das ist aber nicht Teil dieses Nachtragshaushalts. Das sind andere Punkte. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Nachtragshaushalt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Bleiben Sie am Pult, denn der schönste Teil Ihres Beitrags kommt jetzt noch, nämlich ausgelöst durch eine Kurzintervention, beantragt durch die FDP. – Herr Witzel hat das Wort. Bitte schön, Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Finanzminister, Sie haben leider gerade sehr wenig zur Mittelaufbringung für diesen Nachtragshaushalt gesagt, obwohl wir Sie ausdrücklich darum gebeten hatten, Ihr Vorgehen hier noch einmal zu erläutern.

Zu Ihrer letzten Anmerkung: Selbstverständlich gibt es auch durch Entscheidungen dieses Landes Mehrbelastungen für Unternehmen und Bürger, beispielsweise durch die Verdoppelung bei der Grunderwerbsteuer, die ja auch einen Teil zu Ihrem jetzigen Steuerertrag beiträgt.

Sie nutzen die stark steigenden Steuermehreinnahmen aber nicht zur Finanzierung der neuen Aufgaben, sondern machen wieder einen Taschenspielertrick. Ein weiteres Mal verbuchen Sie etwas beim BLB und schieben es zwischen Landeshaushalt und Sondervermögen hin und her. Sie haben das nie transparent kommuniziert.

Ich habe Ihnen eben anhand der neuen Zahlen, die jetzt aus dem Haushalt 2017 hervorgehen, etwas dargestellt. Wenn man die Istwerte des BLB 2015 mit den Planwerten seines Jahreswirtschaftsplans vergleicht und sich auch die Korrektur der Planwerte für 2016 anschaut, sieht man, dass viel mehr neue Kredite aufgenommen worden sein müssen, als Sie bislang eingeräumt haben.

Sie haben bislang aber alle Fragen der Opposition in diese Richtung nicht beantwortet. Warum der BLB, und was ist da passiert?

(Stefan Zimkeit [SPD]: Stimmt doch gar nicht! Erfunden!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Minister. Sie haben 1:30 Minuten für die Antwort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Witzel, zunächst einmal bin ich nicht davon ausgegangen, dass ich hier in einer Fragestunde stehe, sondern davon, dass ich meinen Beitrag zu diesem Nachtragshaushalt zu leisten habe.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie mir jetzt eine Frage stellen, kann ich Ihnen aber gerne dazu sagen:

Erstens. Sie kennen den Anteil, den die Grunderwerbsteuer am gesamten Steueraufkommen des Landes ausmacht, und wollen mir doch wirklich nicht erzählen, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen ausschließlich aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer kommen. Im Übrigen hat die Erhöhung der Grunderwerbsteuer mitnichten bewirkt, dass Immobilienverkäufe zurückgegangen wären. Vielmehr hat sie auch in diesem Bereich geradezu zu sprudelnden Steuerquellen geführt.

Zweitens. Die von Ihnen immer als zu hohe Belastung bezeichnete Steuerhöhe führt insgesamt dazu, dass die Unternehmen mehr Gewinn machen als je zuvor, dass wir einen hohen Beschäftigungsstand haben und dass es auch ein gutes Einkommen gibt. Daher kommen die Steuermehreinnahmen.

Man muss sich bewusst sein, dass das nicht auf alle Zeit immer so bleibt. Wenn man vorsorgt, muss man deswegen, bitte schön, damit vorsorgen, dass man entweder Kredite abbaut oder, was in diesem Bereich aus meiner Sicht wichtiger wäre, auf Bundesebene und auf Landesebene, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen, in die Zukunft investiert, damit diese Steuerquellen auch erhalten bleiben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und was den BLB angeht – darüber haben wir auch schon mehrfach gesprochen –: Der BLB zahlt 4 % Zinsen an das Land. Wenn der BLB umschulden könnte – wobei erst einmal überhaupt die Frage ist, ob er sich verschulden muss –, würde jede Umschuldung für den BLB zu einer günstigeren Belastung führen.

Dass das ein Teilbeitrag dazu ist, die volatilen Ausgaben des Landes so zu glätten, wie der Bundesfinanzminister das mit Sonderfonds und anderen Dingen tut, habe ich nie bestritten. Es geht darum, dass wir einen klaren Weg aufzeigen, wie wir diese in ihrer Größenordnung schwer kalkulierbaren Ausgaben, die auf uns zukommen, so in den Griff bekommen, dass wir unsere Aufgaben leisten können und die Schuldenbremse einhalten können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, ...

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Es geht also darum, dass wir damit einen Weg aufzeigen, der machbar ist, so wie das der Bund und andere Länder auch tun.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. Die 1:30 Minuten haben wir sehr großzügig

ausgelegt. – Damit sind wir am Ende dieses Teils der Debatte. – Nein, es gibt noch eine Wortmeldung. Herr Dr. Optendrenk hat sich für die CDU-Fraktion noch einmal zu Wort gemeldet. Seine Restredezeit beträgt eine gute halbe Minute – mit ein bisschen Spielraum; wir sind hier ja nett.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Danke schön, Herr Präsident, dass Sie mir noch einmal das Wort geben. – Ich möchte das Angebot einer Wette an den Herrn Finanzminister wiederholen; denn er ist in seinem Wortbeitrag leider nicht darauf eingegangen.

Ich möchte Ihnen noch einmal die Wette anbieten, dass Sie noch einen dritten Nachtrag machen, und zwar zur Verringerung der 434 Millionen € aus den Bundesmitteln – siehe Pressemitteilung von heute.

Gleichzeitig will ich Ihnen die Wette anbieten, dass Sie diese Mittel nicht zur Absenkung der Nettoneuverschuldung verwenden und nicht für Investitionen ausgeben, sondern für andere Dinge nutzen.

Zweitens – Sie haben es eben in Ihrem Beitrag bewusst weggelassen –: Der entscheidende Punkt, warum diese Landesregierung Flickwerk betreibt, ist, dass sie sich ständig Ermächtigungen holt, die sie nachher nicht nutzen kann, weil sie gar kein Konzept hat, wie sie es umsetzt. Ich nenne hier nur einmal das Stichwort „innere Sicherheit“. Die allermeisten der Polizeistellen, die wir im Januar dieses Jahres hier diskutiert haben, sind bis heute nicht besetzt.

(Beifall von der CDU und Dietmar Schulz [PIRATEN])

Die Terrorgefahr und die innere Sicherheit haben wir immer noch als Problem. Sie setzen es nicht um. Sie regieren schlecht. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit kommen wir jetzt zu den Abstimmungen. In einer gewissen Folge stimmen wir nun ab, und zwar zunächst über die Änderungsanträge und dann über den Gesetzentwurf in der zweiten von drei Lesungen und danach möglicherweise auch noch in der dritten Lesung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über die Änderungsanträge der CDU Drucksache 16/12912. Wer stimmt diesen Änderungsanträgen der CDU zu? – Die CDU und die Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne sowie der fraktionslose Abgeordnete Stüttgen stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der FDP und von Herrn Schwerd, fraktionslos, spricht sich dennoch die

Mehrheit **gegen** die **Änderungsanträge** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/12912** aus.

Zweitens erfolgt die Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/12913. Wer stimmt diesen Änderungsanträgen zu? – SPD und Grüne sowie Herr Stüttgen, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Die Piratenfraktion, die CDU und die FDP stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Es enthält sich Herr Schwerd, fraktionslos. Damit sind die **Änderungsanträge Drucksache 16/12913** von SPD und Grünen mit großer Mehrheit, nämlich der der Koalitionsfraktionen, **angenommen**.

Nun stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/12914 ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD und Grüne, was zu erwarten war, sowie Herr Stüttgen, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piratenfraktion. Wer enthält sich? – Es enthält sich Herr Schwerd, fraktionslos. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 16/12914** mit breiter Mehrheit, nämlich der der Koalitionsfraktionen, **angenommen**.

Dann stimmen wir über den Gesetzentwurf Drucksache 16/12117 in der zweiten von drei Lesungen ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/12383, diesen Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Durch die soeben angenommenen Änderungsanträge kommen wir nun nicht zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung, sondern über den soeben geänderten Gesetzentwurf Drucksache 16/12117 selbst.

Wer stimmt dem so zu? – SPD und Grüne sowie Herr Stüttgen, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Piraten, der fraktionslose Abgeordnete Schwerd, CDU und FDP stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist augenscheinlich nicht der Fall. Damit ist der **soeben geänderte Gesetzentwurf Drucksache 16/12117 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen jetzt, wie zwischen den Fraktionen im Ältestenrat vereinbart, zur dritten Lesung. Dies ist dann zulässig, wenn nach § 78 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung niemand widerspricht. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann rufe ich auf:

Dritte Lesung

Eine Rücküberweisung hat nicht stattgefunden. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat seine Beschlussempfehlung ausdrücklich zur zweiten und dritten Lesung des Gesetzentwurfs abgegeben. Grundlage für unsere dritte Lesung ist also der Gesetzentwurf Drucksache 16/12117 in der Fassung nach der zweiten Lesung. Eine Aussprache zur dritten Lesung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/12117. Ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit: Wir stimmen somit in der dritten Lesung über den geänderten Gesetzentwurf nach der zweiten Lesung ab. Da das Beratungsverfahren hiermit abgeschlossen wird, handelt es sich um eine Schlussabstimmung nach § 76 Abs. 3 der Geschäftsordnung.

Wer also für die Annahme des Gesetzentwurfs in der geänderten Fassung nach der zweiten Lesung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Grüne sind dafür. Wer ist dagegen? – CDU, FDP, Piraten sowie der fraktionslose Kollege Schwerd sind dagegen. Herr Stüttgen, fraktionslos hat mit SPD und Grünen gestimmt.

Damit steht fest, dass der **in der zweiten Lesung geänderte Gesetzentwurf Drucksache 16/12117 in dritter Lesung** mit breiter Mehrheit, nämlich der der Koalitionsfraktionen, hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen **angenommen** und **verabschiedet** ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch einen **Hinweis**. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, weise ich der Klarstellung halber darauf hin, dass der Abstimmungsgegenstand bei der **Abstimmung zu TOP 1** nicht der ursprüngliche Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/11229, sondern der Antrag in der durch die Beschlussempfehlung des Integrationsausschusses Drucksache 16/11229 geänderten Fassung war. Der Ordnung halber – ich sehe keinen Widerspruch dazu, das ist auch nicht anzunehmen. Damit haben alle diesen Abstimmungsgegenstand auch in dieser Weise verstanden.

Ich rufe auf:

3 Ceta-Abkommen baldmöglichst ratifizieren

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12831

Entschließungsantrag
des Abg. Schwerd (fraktionslos)
Drucksache 16/12905

In Verbindung mit:

NRW muss das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA ablehnen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12844

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kerkhoff das Wort für die CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sind schon verrückte Zeiten. Kardinal Marx, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, wirbt für das Handelsabkommen TTIP. Sigmar Gabriel, Bundeswirtschaftsminister und SPD-Bundesvorsitzender, hält TTIP dagegen für tot, nachdem er es auf dem Altar der innerparteilichen Machtspielchen geopfert hat.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Ich zitiere: „Die SPD ist schon immer eine Partei gewesen, die Handelsabkommen unterstützt hat.“ – Zitat Ende.

Dieser Satz der Ministerpräsidentin wirkt da etwas aus der Welt gefallen. Sie hat ihn erst vor wenigen Wochen in einem Interview mit den „Aachener Nachrichten“ gesagt. Es wäre schön, wenn dies stimmen würde und sich die SPD auf allen Ebenen und mit aller Kraft dafür einsetzen würde, dass sowohl CETA als auch TTIP vorangebracht und rasch ratifiziert werden. Damit würden Sie unserem Land wirklich einen großen Dienst erweisen

(Ministerin Barbara Steffens: Einen Bären dienst erweisen!)

und auch einmal dazu beitragen, dass es wieder wirtschaftlich vorangeht in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Unser Land ist ein immer noch starkes Exportland. Im Sauerland, im Münsterland, in Ostwestfalen, im Bergischen Land und am Niederrhein sitzen zahlreiche, zumeist mittelständische Unternehmen, die in ihrem Bereich absolute Spitzenreiter und Weltmarktführer sind. Sie exportieren ihre Waren in die ganze Welt. Und die gesamte Exportsumme unseres Landes betrug im Jahr 181,5 Milliarden €.

Wenn wir unsere starke Exportwirtschaft nicht hätten, dann sähe die Situation in Nordrhein-Westfalen noch deutlich schlechter aus. Dann hätten wir noch nicht einmal mehr Nullwachstum, sondern Rezession. In einer solchen Situation muss man alles dafür tun, dass die starken Bereiche unserer Wirtschaft stark bleiben, mehr noch, dass sie stärker werden.

(Beifall von der CDU)

Für die Exportwirtschaft spielt der Zugang zu anderen Märkten dabei eine zentrale Rolle. Kanada ist ein wichtiger Handelspartner der deutschen Wirtschaft. Im vergangenen Jahr haben deutsche Unternehmen Waren im Werte von knapp 10 Milliarden € dorthin exportiert.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Jetzt mal in Prozentzahlen!)

Während Nordrhein-Westfalens Wirtschaft stagniert, wächst die kanadische Wirtschaft seit vielen Jahren um bis zu 3 % jährlich. Durch CETA sollen innerhalb